

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, Juni 2011

61. Jahrgang, Nr. 704

## VOS gedenkt Opfer des 17. Juni in Berlin

*Kranzniederlegung für die Opfer beider Diktaturen durch den Bundesvorstand*

Mit einer Schweigeminute haben Vertreter der VOS am 17. Juni in Berlin an den Volksaufstand in der DDR vor 58 Jahren erinnert. Am ältesten Denkmal für die Opfer des Stalinismus in Deutschland, am Steinplatz in Berlin-Charlottenburg, legten sie einen Kranz nieder.



An der Zeremonie nahmen mehrere Berliner Landes- und Kommunalpolitiker teil, darunter der Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit (Foto: rechts mit Horst Hertel und Dr. Frieder Weiße).

„Wir verneigen uns heute vor den Menschen, die im Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung am 17. Juni vor 58 Jahren ihr Leben in der Diktatur verloren haben“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende Ronald Lässig. Öffentlich sollte ein Zeichen insbesondere für die junge Generation gesetzt werden. Die Verbrechen, die in der DDR von Staats wegen begangen wurden, so die VOS, dürften nicht in Vergessenheit geraten, denn Demokratie sei nicht selbstverständlich.

Da die Opfer beider Diktaturen in Deutschland Furchtbares durchleben mussten und es nach Ansicht der VOS keine Opfer zweiter Klasse gibt, legten die früheren politischen DDR-Häftlinge im Anschluss auch einen Kranz an der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Diktatur

nieder, die sich ebenfalls am Steinplatz befindet. Auf Einladung der Bundesregierung nahmen Vertreter des VOS-Bundesvorstandes im Anschluss an der zentralen Gedenkfeier am Mahnmahl für die Opfer auf dem Berliner Friedhof Seestraße teil. Während des Volksaufstands in der DDR im Juni 1953 kamen mindestens 55 Menschen ums Leben, etwa 20 weitere Todesfälle gelten als ungeklärt. Viele Teilnehmer des Volksaufstandes waren in der Folge Repressalien ausgesetzt.

### Draußen vor der Tür ...

*SED-Opfer sollen von der Anhörung der Brandenburger Enquete-Kommission ferngehalten werden*

Es ging zwar um Stasi-Belastungen von Politikern, als am 24. Juni im ehemaligen Potsdamer „Kreml“, inzwischen Landtagsgebäude, die Enquete-Kommission das Gutachten von Dr. Catenhusen und Frau Rüdiger auswertete, dennoch hielten sich die Opfer aus den Reihen der VOS durchaus für berechtigt, der Anhörung als Zuhörer beizuwohnen. Doch egal, dass sie zuvor Plätze hatten reservieren lassen und auch vom Pförtner Eintrittskarten erhielten, wurde ihnen der Zutritt mit der Begründung verwehrt, alle Plätze seien besetzt. Glücklicherweise wurde der daraufhin vom Fg-Redakteur inszenierte Tumult durch das Erscheinen eines Kamerateams vom RBB gefilmt (und abends im Fernsehen ausgestrahlt), so dass sich die im erprobten DDR-Stil agierenden Einlasskräfte letztlich genötigt sahen, nun doch noch ein paar Stühle herbeizuschaffen. Die Frage bleibt allerdings: War das Absicht, und gibt es am Sitz des höchsten Brandenburgischen Gremiums keinen passenderen Raum als den insgesamt viel zu kleinen und nicht eben luxuriösen Mini-Saal, in dem diese Anhörung stattfand? Fragen kann man aber auch: Ist das Absicht, im versteckten Winkel mit nur begrenzten und kaum zumutbaren Zuschauer-Möglichkeiten tagen zu wollen? Will man unter sich bleiben? Die Art der Diskussion war jedenfalls nicht unbedingt straff und argumentativ. Fast zwei Stunden wurde hin und her gestochert, wie man denn innerhalb der Kommission miteinander umgehen könne.

Die Opfer und Widerständler, ohne die es keine solche Kommission und keine frei gewählten Politiker geben würde, fordern, dass bei Stasi-Belastungen endlich gehandelt und nicht mehr nur diskutiert wird. A. R.

Während wir bei Erscheinen dieser Fg-Ausgabe noch auf die zahlreichen Gedenkfeiern zum Volksaufstand vom Juni 1953 zurückblicken, haben wir auch schon den Rückblick auf jenes Ereignis vor Augen, das am 13. August genau 50 Jahre zurückliegt. Die Mauer, die die SED-Propagandisten und ihre heutigen Nachfolger als „antifaschistischen Schutzwall“ bezeichneten, prägte über Jahrzehnte hin das Geschichtsbild dieses Erdballs, sie beeinflusste Entscheidungen und politische Entwicklungen, denen viele Einzelne zum Opfer fielen, deren Auswirkung aber auch ganze Staaten und Erdteile erfasste. Bis heute sind die Folgen nicht endgültig überwunden, und es ist nicht abzusehen, dass dies in naher Zukunft so sein wird.

Was vor nunmehr 50 Jahren geschah, wird spätestens im August in allen bedeutenden Ländern des Erdballs nochmals in großer Ausführlichkeit in den Medien beleuchtet und bewertet werden. Egal, dass wir in Deutschland die Filmaufnahmen und Fotos, die Erinnerungsberichte der Zeitzeugen größtenteils auswendig kennen, erfasst die meisten doch immer noch ein Schauer. Die Frage stellt sich jedes Mal: Wie konnte etwas Derartiges geschehen? Die fast perfekte Abriegelung eines kompletten kleinen Landes durch Beton, Stacheldraht und Schnellfeuerwaffen, später auch durch Minen und Selbstschussanlagen.

Andererseits wissen wir auch um die Stellen, an denen diese Mauer durchlässig war. Immer wieder gelangten Flüchtende lebend in den Westen oder konnten durch Freikauf und vorherige politische Haft den Weg in die Freiheit finden. Immer wieder bzw. ununterbrochen wurde daran gewirkt, dieses steinernen gnadenlose Bollwerk, das durch viele andere Bestimmungen und Gesetze noch unüberwindlicher schien, von beiden Seiten aufzuweichen. Fluchthilfe, Ausreisearträge, Untergrundarbeit führten dazu, dass der Sicherheitsapparat der SED immer auf vollen Touren lief und dass sich das SED-Regime niemals seiner politischen Herrschaft sicher sein durfte, wiewohl es aber beständig damit prahlte, im Kampfverband mit der imperialistischen Sowjetunion unbesiegbar zu sein

und im Laufe der Geschichte auch die Herrschaft über den übrigen Teil der Erde zu erlangen.

Es ist die Regel, dass sich Geschichte niemals wirklich wiederholt. Doch 1989 wurde mit dieser Regel gebrochen. So wie 1917 in Russland das Zarenregime infolge seiner eigenen Schwäche zusammenbrach, so erlitt das Monster Sowjetunion unter dem gutgläubigen Partei-Chef Gorbatschow ebenfalls seinen Einbruch. In einem atemberaubenden Tempo fegten die demokratischen Kräfte den kommunistischen Staatenbund auf den Müllhaufen der Geschichte.

## Auf ein Wort = des Redakteurs

Für viele VOSler ist das Datum 13. August 1961 zeitlich näher als der Juni 1953. Auch wir Sechzigjährigen haben an das Ereignis und die nachfolgende Zeit unsere Erinnerungen. Mögen diese Erinnerungen auch in die Kindesperspektive münden und unser Verständnis für den Mauerbau an einfachen Erkenntnissen messbar sein: Wir konnten nicht mehr nach West-Berlin, um einzukaufen oder unsere Verwandten zu besuchen. Zu Hause hieß es: „Jetzt erzählst du aber keinem mehr, dass wir Westen gucken, jetzt kann man nicht mehr flüchten.“ Beendet waren mit einem Mal auch die Versteigerungsverkäufe in jenen Haushalten, deren Eigentümer bei Nacht und Nebel den Arbeiterstaat verlassen hatten. Möbel, Spielzeug, Küchengerät war nun nicht mehr so billig zu ersteigern wie vormals. Und: Es wurden auf diesem Weg keine Wohnungen mehr frei.

Man weiß, bei all der Befremdung der politischen Situation und trotz der enormen persönlichen Einschränkungen erlebte man viel Skurriles, und man orientierte sich auf einmal noch stärker als zuvor an den Westen, vor allem in Richtung West-Berlin. Der Sender RIAS wurde zur informationsspendenden Anlaufstelle. Musik, Krimi, Kabarett, Unterhaltung und Nachrichten nahm man nur von dort auf. Viele DDR-Bürger lebten auf diese Weise den Westen einfach mit. Eigentlich (er)lebten wir alle diesen Westen als

Reich des Wohlstands, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit. Kurze Zeit nachdem die Mauer gefallen war, fühlten sich jedoch viele um die Erwartungen, die man aus den Medien gezogen hatte, geprellt. Der Kapitalismus begegnete den „Ossis“ als ein System, in dem man arbeiten und in allen Belangen ständig auf der Höhe sein musste. Gar nicht so wie auf den „sicheren“ Arbeitsplätzen in den VEB und Genossenschaften der DDR. Dass jedoch die Reisefreiheit kam, dass man seine Meinung sagen durfte und mit seinem Geld etwas anfangen konnte bzw. kann, ist bis heute nicht allen klar, die von der Friedlichen Revolution in ein politisch demokratisches System geschwemmt wurden.

Für uns ehemalige Häftlinge war der Fall der Mauer eine noch größere Errungenschaft als für viele andere DDR-Bürger. Wir konnten uns offen zu unserer Vergangenheit äußern, wir gewannen durch Einsicht in die Stasi-Akten Klarheit und erfuhren die Namen von Tätern. Wer Mut hatte, suchte die Stasi-Leute auf oder stellte die Heuchler und Spitzel in seiner früheren Nachbarschaft zur Rede. Aber auch dies war nun möglich: Gedenkstätten konnten eingerichtet werden, Erinnerungen an Kameraden, die in der Haft oder durch Verfolgung ums Leben gekommen waren, durften veröffentlicht werden. Schicksale aus Speziallagern, Todesfälle an der Mauer konnten aufgeklärt werden. Massengräber führten uns zu Wahrheiten, es wurde mit falschen Legenden aufgeräumt. Allerdings wissen wir, dass der 13. August auch – wieder – genutzt wird, um diese Legenden zu rechtfertigen, neu zu beleben und das heuchlerische Lied der Verklärung anzustimmen.

Und doch steht fest: Die Mauer hätte nicht sein müssen, denn damals schon wäre es besser gewesen, dass das zusammenwächst, was auch zusammengehört. Dies ist eine sicherlich simple Erkenntnis, die wir als VOSler jedoch allen mitteilen, die glauben, das alte Regime und eben auch die todbringende Mauer mit Lügen verteidigen zu müssen. Es ist ein leicht zu erfüllender, dennoch wichtiger Auftrag, der uns alle betrifft.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe:

### Titelseite

#### Weiter auf dem Brandenburger Stolpe(r)weg?

Enquetekommission des Landtags diskutiert ohne Ende Gutachten zu Stasi-Belastungen

### Redaktionsthema:

13. August 1961 – die Mauer und die Folgen 2

**Bautzen: Endlich ein Denkmal mit Namen** 4

**Wenn Bücher bewusst Lügen verbreiten** 5

VOS protestiert gegen alte DDR-Generäle 5

**Mehr Wahrheiten an die Schulen** 5

15. Bundeskongress der Stasi-Beauftragten 5

**Die Argumente der Opfer will man nicht hören** 6/7

Bessere Renten für DDR-Flüchtlinge 6/7

**Zur Strafe erst ein Jahr in die Produktion** 8

Über die ideologische Ausrichtung von Studenten in der DDR 8

**Über Ulbricht – ein Nachtrag** 8

**Über Honecker – gefundene Akten** 9

**Solche Fahrten bleiben wichtig!** 9

Wurzener VOS fährt nach Mühlberg 9

**Das Gedenken muss erhalten bleiben** 10

- Leserbrief 4, 8, 10

- Suchmeldung 7

- Ehrungen: W. Thiele, J. Marckstadt 11, 12

- Verstorbene 11



## Auch im Juni aktive Spender

Rita Müller, Heinz Baumann, Wolfgang Schuster, Elisabeth und Artur Paschke, Ingeborg und Hans-Joachim Kögel, Fritz Schaarschmidt, Gisela und Manfred Rohde, Gottfried Hoyer, Reinhard Golde, Gerhard Bohne, Horst Wagner, Heinz Langmeier, Vera Falke, Manfred Grünert, Waltraud und Johannes Rink, Edda Schönherz, Herta Lahne, Margarete und Albin Lichy, Eberhard Kaduk, Helmut Kirchhoff, Reinhard Cordula

*Allen Genannten ein herzliches Dankeschön*

## Gedenken und Proteste im Juni – VOS war vielfältig in Deutschland aktiv

Am Vorabend des 17. Juni 2011, dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR hat eine Delegation der VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz, am Mahnmahl für die Opfer des 17. Juni 1953, am **Platz der deutschen Einheit in Darmstadt**, ein Blumengebinde nieder gelegt und der Opfer gedacht.

*Erhard Göhl*

Gedenkfeier für die Opfer des 17. Juni in **Bautzen** mit zahlreichen Teilnehmern und Gästen. Umrahmt wurde die Feier durch die Auftritte des Polizeichores Berlin und des Männerchores Erkner.

*Alex Latotzky*

Auf dem **Freiberger Donatsfriedhof** gedachten 30 VOS-ler und weitere Bürger am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus der Opfer des Volksaufstandes von 1957. Siegfried Walther, der Vorsitzende der Bezirksgruppe Chemnitz erinnerte an die Ereignisse vor 58 Jahren. Hunderttausende demonstrierten damals gegen Unfreiheit, Unrecht und Teilung sowie gegen die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft und Enteignungen gesetzt.

*H. Diederich*

Mit der **Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“** gibt der Maler und frühere politische Häftling der DDR Gino Kuhn in 50 Bildern seine Hafterlebnisse in den Stasi-Gefängnissen Cottbus und Berlin-Rummelsburg wieder. Sie soll künstlerisch gestaltete Eindrücke der Haft und der SED-Diktatur vermitteln und einen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit leisten. Hierzu Dr. Frieder Weiße: „Beim Betrachten der Bilder werden Erinnerungen wach an meine Haft in Hohenschönhausen und Bautzen. Angesichts einer erneuten Debatte im Landtag Brandenburg, zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, bietet diese Ausstellung auch einen realistischeren Rückblick auf den Brandenburger Weg. Die Bilder von Gino Kuhn mahnen: Stasi-Leute gehören nicht in Landtage oder Amtsstuben.“ Gino Kuhn wurde 1955 in Walldürn bei Heidelberg geboren. Als Fluchthelfer reiste er mehrere Male in die DDR ein; 1975 wurde er bei einem Fluchtversuch gefasst und zu 6 Jahren Haft wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ verurteilt. Danach war er 2 ½ Jahre in den Haftanstalten Cottbus und Berlin-Rummelsburg. Nebenstehendes Foto zeigt die Vernissage im Gebäude des Brandenburger Landtags mit dem Künstler, der Mitglied der VOS ist, und mit CDU-Generalsekretär Dombrowski.

*R. L.*

Die Bürgerinitiative „**Politik für die Mitte**“ gegen Rot-Rot, die der VOS nahe steht, protestierte am 24. Juni vor Beginn der Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Das Motto lautete: „Erste Chance für Opfer, statt zweiter Chance für Täter!“ Außerdem: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben.“

*H. Diederich*

**Hinweis:** Aus organisatorischen Gründen mussten bei der Gestaltung dieser Fg-Ausgabe einige Beiträge auf die Doppelausgabe Juli/August verschoben werden. Ich bitte um und danke für das Verständnis.

*A. R.*

## Erinnern, gedenken – mit und ohne die Namen der Opfer

*Bautzen-Komitee will am Volkstrauertag dieses Jahres Stelen für mehr als 3.000 Tote einweihen*

(FG/TH) Auf Beschluss des Bautzen-Komitees sollen in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg Glas-Stelen errichtet werden, auf denen die Namen von über 3.000 Todesopfern des Gelben Elends festgehalten sind. Dabei ist es von den finanziellen Möglichkeiten abhängig, ob diese Namen eingraviert werden können oder ob sie nur gedruckt werden. Da aber nicht alle Namen der Opfer des Sowjetischen Speziallagers bekannt sind, wird es auch eine Stele ohne Namen geben, die an die vielen unbekannteren Toten erinnert.

Mit der Veröffentlichung der Namen verbindet sich die Tatsache, dass sich hinter jedem Toten auch ein eigenes Schicksal verbirgt. Dies teilte Alex Latotzky mit, der auch die Gruppe der Kinder aus den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR vertritt. Auskunft darüber gibt deren Internetseite, [kindheit-hinter-stacheldraht.de](http://kindheit-hinter-stacheldraht.de), die zugleich ein Zeitzeugnis für jene Ereignisse und Schicksale ist, die heute nicht unbedingt das Interesse der Mitmenschen erwecken. Kamerad Latotzky ist zudem mit Vorträgen und Interviews aktiv. Für eine Wahlperiode gehörte er auch dem geschäftsführenden Bundesvorstand der VOS als stellvertretender Bundesvorsitzender an.

Die Initiierung der Stelen-Erstellung ging nun von Alex Latotzky aus, der nunmehr dem Vorstand der Vereinigung ehemaliger Insassen und ihrer Angehörigen des Lagers Bautzen angehört. Der Sächsischen Zeitung teilte Latotzky mit, dass die Stelen in der Kapelle auf dem Karnickelberg aufgestellt werden sollen,

damit sie vor Schmierereien und Beschädigungen bewahrt bleiben.

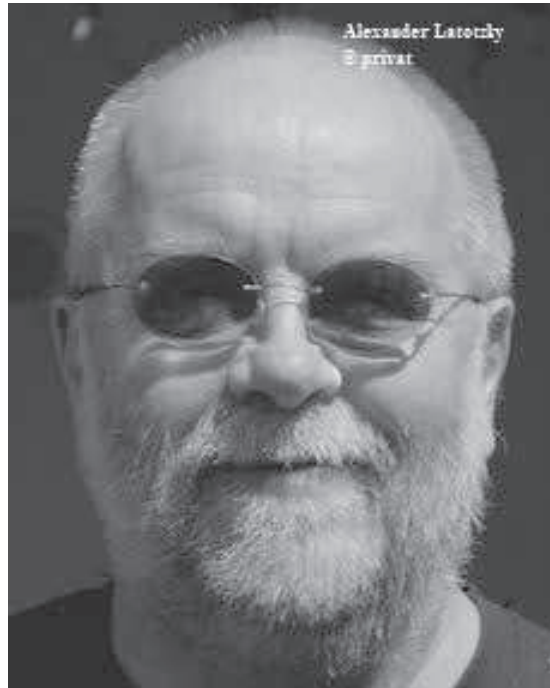
Die Namen der im Bautzener Lager Umgekommenen sollen in der Reihenfolge ihres Todeszeitpunkts festgehalten werden. Im Falle einer alphabetischen Auflistung sei damit zu rechnen, dass Besucher lediglich die Namen ihrer Angehörigen suchten und ihnen die anderen Schicksale entgingen, was aber Teil des Gedenkens sein sollte.

Alex Latotzky möchte das Stelen-Projekt in der Art des Vietnam-Memorials in Washington, wo die Namen aller gefallenen US-Soldaten des Vietnamkrieges in Granitplatten eingraviert sind, entstehen lassen. Ihn berührt die Tatsache, dass bis heute Menschen dorthin kommen, die ihrer Angehörigen gedenken und deren Namen auf den Steinen mit Papier und Kohle abreiben, um sie dann als Erinnerung mit nach Hause zu nehmen.

Ein ähnliches Denkmal gibt es auch in London, das auf mehreren Granitwänden die Opfer des Zweiten Welt-

krieges aufführt. Bisher hat das Bautzen-Komitee 16.000 Euro gesammelt. Dies sind Spendengelder, aus denen die Gedenk-Stelen ausschließlich finanziert werden sollen. Die ursprünglich vorgesehenen Grabungen nach weiteren Opfern, für die diese Mittel gedacht waren, werden nicht realisiert, da sie wegen der Erdarbeiten zu DDR-Zeiten kaum Erfolg versprechen würden.

Wünschenswert wären solche Erinnerungsplätze auch für andere Gedenkstätten wie etwa jene in Sachsenhausen.



## Diese „Schurken“ unterdrückten ihre Völker schon lange

*Brennpunkt: Tunesien, Syrien, Ägypten, Libyen*

**Zu unserem Beitrag „Erfahrungen vermitteln und Fehler vermeiden“ in Fg 703, Seite 9, erreichte die Redaktion ein Leserbrief unseres Kameraden Wolfgang Lehmann, in dem er die bis vor kurzem noch gängige Praxis vieler hiesiger Politiker im freundschaftlichen Umgang mit den inzwischen gestürzten Häuptern jener Staaten aufzeigt.**

☒ Ich finde es sehr lobenswert, wenn die Erfahrungen weitergegeben werden. Es muss ja nicht jeder dieselben Fehler machen.

Eine Ergänzung halte ich für wesentlich. Die gestürzten ‚Diktatoren‘ in Tunesien, Ägypten und Libyen mit ihren Parteien waren viele Jahre Mitglieder der sozialistischen Internationale, wozu auch die SPD gehört. Da mutet es doch sehr merkwürdig an, dass die deutschen Genossen in dieser langen Zeit offenbar nicht

bemerkt haben, wie diese ‚Schurken‘ ihr Volk unterdrückten. Unsere heutigen Gutmenschen, welche nicht müde werden, unsere Eltern und Großeltern anzuklagen, sie hätten 1933 wissen müssen, wie alles kommen wird und deshalb Widerstand leisten sollen, sind hier eigenartigerweise schweigsam. Dabei hätte man jetzt ohne Gefahr für Leib und Leben doch sehr ‚tapfer‘ sein können. *Wolfgang Lehmann*

## Ein Fass voller Gedankenlosigkeit

☒ Die geprellte Anerkennung ist mehr als nur Unachtsamkeit. Es kommt mir vielmehr vor, als würde unser Widerstand gegen die kommunistische Diktatur wie ein leeres Fass mit der Aufschrift „Gedankenlosigkeit“ dahintreiben. *Andreas Kaiser, Künstler*

## „Antifaschistischen Schutzwall“ nun auch im Buch gepriesen

*VOS stellt Mahnwache gegen die Verherrlichung der Mauer in Berlin und weist auf die Grausamkeiten des Grenzregimes hin*

Anlässlich der Buchvorstellung von ex-SED-Politbüromitglied Keßler und ex-DDR-Vize-Verteidigungsminister Streletz hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus am Mittag eine Mahnwache im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg abgehalten (siehe Foto). Dort waren zahlreiche Ewiggestrige erschienen, um der DDR und ihrer Mauer zu huldigen.

Das Buch von Keßler und Streletz (beide schon im hohen Alter), in dem der Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ vor 50 Jahren als Schutzaktion zur Verhinderung eines Weltkrieges verharmlost werde, sei Geschichtsfälschung und ein Schlag ins Gesicht der Opfer, so der mitgliederstärkste SED-Opferverband.

Dr. Frieder Weiße, VOS-Landesvorsitzender in Berlin, erklärt: „Mit unserer Mahnwache setzen wir gegen das Schönreden der Diktatur und gegen die Täter ein öffentliches Zeichen, damit unsere Stadt nie wieder geteilt wird. Unzählige Familien waren 28 Jahre zwangsweise getrennt. Die Zahlen schwanken, aber

mehrere Hunderte Menschen wurden an Mauer- und Stacheldraht wie die Hasen erschossen.“

Der letzte Mauertote war Chris Gueffroy, der am 6. Februar 1989 erschossen wurde.

Nach Schätzungen mussten sich rund 75.000 Menschen wegen „Republikflucht“ vor DDR-Gerichten verantworten, was mit bis zu acht Jahren Freiheitsentzug geahndet wurde. Wer bewaffnet war, Grenzanlagen beschädigte oder als Geheimnisträger bei einem Fluchtversuch gefasst wurde, kam selten mit weniger

als fünf Jahren Gefängnis davon. Wer Hilfe zur Republikflucht leistete, konnte mit lebenslangem Freiheitsentzug bestraft werden.

Dass angesichts dieser Tatsachen heute ausgerechnet eine „Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und Menschenwürde“ in Berlin-Lichtenberg die Mauer schönreden ließ und Spitzenfunktionäre der SED-Diktatur hofierte, sei entlarvend, so die VOS.



## VOS fordert Bildungsoffensive für Schulen

*15. Bundeskongress der Stasi-Beauftragten in Dessau-Rosslau*

Anlässlich des 15. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Dessau-Rosslau Ende Mai 2011 appellierte die Vereinigung der Opfer des Stalinismus an die Landesregierungen, das Thema „SED-Diktatur“ als Pflichtstoff in den Lehrplänen für die Schulen zu verankern. Sachsen sei hier bereits beispielhaft vorgegangen. Gerade 50 Jahre nach dem Mauerbau werde noch einmal das Ausmaß der Unterdrückung deutlich, die bis 1989 das Land teilte.

Der Bundesvorsitzende Johannes Rink erklärte: „Ich bin gekommen, um das Anliegen der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen zu unterstützen. Die Aufarbeitung muss vorangetrieben werden. Dazu gehört auch eine Bildungsoffensive für alle Schulen. Hier sind die Länder in der Pflicht. Jugendliche müssen erfahren, was in ihrer Heimat

geschah. Besuche in früheren Stasi-Haftanstalten und Gespräche mit Zeitzeugen sind das beste Mittel gegen Ostalgie.“

Der Bundeskongress der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen findet seit 1997 statt und wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen unterstützt. Der diesjährige Kongress in Dessau stand unter dem Motto „Der lange Schatten der Mauer“. Bis zum letzten Tag diskutieren Experten und Betroffene, darunter VOS-Vertreter, über das DDR-Grenzregime sowie über „Flucht und Ausreise“ und „Anerkennung gesundheitlicher Schäden politischer Verfolgung“.

Die VOS stellt bereits Zeitzeugen.

*Ronald Lässig*

## Endlich alle Heimkinder entschädigen

*VOS begrüßt Initiative der Sächsischen Staatsregierung*

Die VOS hat die Initiative der Sächsischen Sozialministerin Clauß (CDU) begrüßt, den geplanten Entschädigungsfonds für misshandelte Kinder aus Einrichtungen der alten Bundesrepublik für Opfer aus DDR-Heimen zu öffnen. Clauß hatte die anderen ostdeutschen Länder aufgerufen, sich auch für die Öffnung des Entschädigungsfonds einzusetzen. Ronald Lässig, erklärt: „Nicht wenige unserer Mitglieder haben unter brutalen Erziehungsmethoden, Gewalt oder Arbeitszwang gelitten. Sie müssen entschädigt werden.“

Nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz werden bisher nur diejenigen entschädigt, die als Jugendliche im geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau untergebracht waren.

# Mit der Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes wurden die Rentenanwartschaften der DDR-Flüchtlinge gelöscht

*Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF) kämpft für den rentenrechtlichen Status quo ante*

„Schon der Wunsch nach Freiheit, der Wunsch von Deutschland nach Deutschland zu gelangen, nicht erst der Versuch, sondern schon *Ausreiseanträge* und bloße *Mitwisserschaft* von Fluchtplänen konnten im Gefängnis enden“, so Bundespräsident Christian Wulff am 13. Mai 2011 in seiner Rede, anlässlich des Besuches des berüchtigten Frauengefängnisses Hoheneck.

Die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration hat erlebt, was der Bundespräsident feststellt. Jeder, dem es gelang, Mauer und Stacheldraht zu überwinden, sei es durch Ausreise, Flucht oder Freikauf, war einem Unrechtssystem entkommen. Doch ausgerechnet diese Menschen wurden anlässlich der Wiedervereinigung mit neuem Unrecht konfrontiert.

Mit der deutschen Einheit und der Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) wurden ihre vormals nach dem Fremdrentengesetz (FRG) festgestellten Rentenanwartschaften gelöscht, umbewertet und gekürzt. Ein Politskandal!

Die Betroffenen haben sich zu einer Interessengemeinschaft der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zusammengeschlossen (IEDF). Im Jahr 2008 wurde am geschichtsträchtigen *Point Alpha* die Gründung dieses Vereins beschlossen. Er vertritt die Interessen jener Flüchtlinge, die den Eisernen Vorhang vor dem Zusammenbruch des Unrechtsstaates DDR überwunden haben. Allen Mitgliedern ist gemeinsam, dass sie bereits vor Mauerfall Bürger der Bundesrepublik Deutschland waren. Durch Verwaltungsakte sind sie aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen worden und hatten auf alle Ansprüche aus der DDR-Sozialversicherung und auf Vermögenswerte zu verzichten.

Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die Rechtsstaatlichkeit und den Status quo ante wieder herzustellen. Denn mit dem rechtsstaatlichen Eingliederungsverfahren wurde den Flüchtlingen in Anerkennung ihrer DDR-Erwerbsbiografie eine Altersversorgung nach dem

Fremdrentengesetz (FRG) zugesagt. Die Erwerbszeiten wurden denen im Westen gleichgestellt. Ihre Rentenanwartschaften waren damit als Eigentum vom Grundgesetz geschützt. Darauf konnten die Flüchtlinge vertrauen. – Bis zur deutschen Einheit.

Das Handeln der DRV Bund ist nicht nur eines Rechtsstaates unwürdig, sondern auch ein Akt politischer Diskriminierung.

Den Opfern wird eine Anhörung vor dem Deutschen Bundestag – im Gegensatz zu den DDR-Systemträgern – bisher verwehrt.

Die Regierung wird zum Handeln aufgefordert.

Man antwortet uns vom BMAS mit vorgefertigten falschen und diffamierenden Aussagen.

Mit Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes im Jahr 1992 unterwarf man die seit Jahren und Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik eingegliederten ehemaligen DDR-Flüchtlinge einer Gesetzgebung für das Beitrittsgebiet, dessen Bürger sie zu keinem Zeitpunkt waren. Mit dieser Maßnahme wurde ihnen das zugesicherte Eigentum heimlich und rückwirkend und ohne Information gestrichen und durch nicht mehr existierende Rentenanwartschaften aus der DDR-Sozialversicherung (SVA) ersetzt.

Es gibt keine gesetzliche Grundlage, kein Bundestagsprotokoll und keine höchstrichterliche Entscheidung, die eine derartige Vorgehensweise fordert. Das Handeln der DRV Bund ist nicht nur eines Rechtsstaates unwürdig, sondern auch ein Akt politischer Diskriminierung, der ebenfalls gegen das Grundgesetz verstößt.

Die Betroffenen werden durch die DRV Bund einer Rentenkappung auf 0,7 Entgeltpunkte (EP) weit unter Durchschnittsverdienst unterworfen. Ein Wert, den ursprünglich die Täter der Stasi und anderer DDR-Systemträger bekommen sollten. Doch diese erhalten nach Klagen vor dem Bundesverfas-

sungsgericht 1,0 Entgeltpunkte und zusätzliche Rentenanteile aus beitragsfreien Sonderversorgungssystemen. Trotz dieser sehr auskömmlichen Renten behaupten die Systemträger in öffentlichen Anhörungen vor dem Bundestag, dass sie einem „Rentenstrafrecht“ unterworfen sind und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage einreichen werden. Den Opfern wird eine derartige Anhörung bisher verwehrt.

Als Gegner des DDR-Regimes waren sie vom Staat DDR für ihr widerständiges Verhalten bestraft worden. In der Bundesrepublik erfolgt nun über das Rentenrecht eine zweite Bestrafung. Sie sind die einzige Gruppe, der die Einheit einen Nachteil gebracht hat.

Gegen dieses politische, soziale und dem Rechtsstaat zuwider laufende Unrecht kämpft die IEDF an.

Vielen Abgeordneten ist die Dimension dieses Rechtsbruches erst durch unsere Informationen bekannt geworden. Doch wir wollen auch in Erfahrung bringen, wer für die rückwirkende Löschung unserer Rentenanwartschaften verantwortlich ist.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sagt dazu vor dem Verwaltungsgericht in Berlin aus, dass es ihrerseits keinen Auftrag zur Löschung dieser Rentendaten gegeben habe. Handelt demnach die DRV Bund eigenmächtig und ohne Auftrag der Legislative, also illegal?

Wieso schützen bis heute die gleichen Vertreter des BMAS beharrlich mit nachweisbar falschen und leicht zu widerlegenden Argumenten die Handlungsweise der DRV Bund? Fragen, denen wir nachgehen werden. Infolge der Beschlussvorlage des Petitionsausschusses und in intensiver Zusammenarbeit mit der IEDF hat die Fraktion der SPD erfreulicherweise einen Antrag (Drucksache 17/5516) ausgearbeitet und an den Bundestag gestellt, der eine konkrete, aber noch in Details zu diskutierende Lösung des Problems vorsieht.

**S. 7 oben**

## Trotz Ärztemangel erst mal zur Strafe in die Produktion

*Dr. Heinz Schneider berichtet von seiner Zwangspause beim Studium*

Die Bevölkerung der DDR hatte mir ein kostenloses, qualitativ hochwertiges Studium der Humanmedizin ermöglicht. Diesem Studium, der DDR, ihrer Bevölkerung verdanke ich viel. Das will ich bis an mein Lebensende nicht vergessen.

Durch eine jahrzehntelange, und – wie ich glaube – verantwortungsvolle Arbeit als Chefarzt einer Diabetes-Abteilung in der einstigen DDR habe ich mich ehrlich bemüht, der Bevölkerung der Republik das wieder zurückzugeben, was sie in meine Ausbildung vorausschauend investiert hatte.

## DDR-Report

Ich glaube, das ist mir – trotz zahlreicher künstlich errichteter und damit unverdienter Stolpersteine – gelungen. Im Rahmen einer mir von der SED verordneten „Bewährung in der Produktion“ arbeitete ich, streng isoliert von meinen Freunden und Mitstudenten, längere Zeit als Landarbeiter. Mein zuvor erworbenes medizinisches Wissen war damals nicht gefragt, obwohl ein gravierender Ärztemangel in der DDR bestand. Nicht umsonst sagte mein Förderer, der bekannte Diabetologe Professor Dr. Gerhard Mohnike aus Karlsburg im April 1958 zu mir: „Die wollen dich nur im Dreck sehen“.

Das war den SED-Bonzen dann auch gelungen. Insofern sind wir mehr als quitt. Von einer mir mitunter unerschwinglich unterstellten Undankbarkeit kann daher aus meiner Sicht keine Rede sein, auch wenn mir sogar einige mir freundlich eingestellte Personen noch heute dazu geraten haben, meine damaligen Erlebnisse doch besser nicht aufzuschreiben. Schließlich sei es mir nach dem um ein Jahr verzögerten Studienabschluss in der DDR doch gut gegangen und ich bereits im Alter von 33 Jahren Chefarzt geworden und ca. 32 Jahre lang geblieben. Außerdem habe ich als Diabetologe die Fachrichtung einschlagen können, die ich mir selbst immer gewünscht habe. Auch wissenschaftlich habe ich arbeiten können und damit in ganz Deutschland ein zufrieden stellendes Ansehen erworben.

Fakt ist: Die DDR besaß in meiner frühen Jugend mehrere Jahre mein volles Vertrauen. Allmählich wurde jedoch im Osten Deutschlands Absurdes „normal“. Durch ihre oft drastischen Schikanen mir gegenüber hat die Republik meine anfängliche Zuversicht jedoch bald – und dauerhaft – verspielt.

Ein ehemals Karlsburger Kollege erklärte mir erst zu Ostern 2011, es sei höchste Zeit, sich gegen die zunehmende Ostalgie zu wehren, die sich zwar irgendwann durch Aussterben von selbst erledige, aber unseren Enkeln sollten wir doch ein möglichst genaues, richtiges Bild von unserem damaligen Leben in der DDR hinterlassen. Genau das ist meine Absicht. Nicht mehr – und nicht weniger.

*Dr. Heinz Schneider*

## Ulbricht war nicht nur in den 1960er-Jahren auf Briefmarken

*Auch nach seinem Tode wurden noch Ulbricht-Marken gedruckt*

☒ Gerade bekomme ich die neue „Freiheitsglocke“ und lese im Artikel „Der Mann mit dem Spitzbart, der Peinlichste, den wir je hatten“ (S. 6): „... Eine ganze Serie davon durchzieht die 1960er-Jahre. Vom Wert a 5 Pfennig bis zu einer DDR-Mark ...“

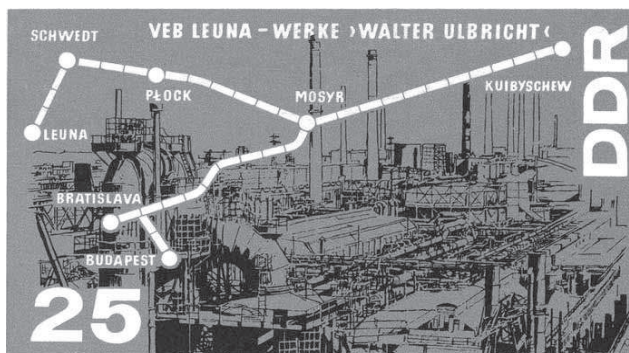
Etwas richtiger müsste es heißen: Eine ganze Serie durchzieht die 1960er- und 1970er-Jahre. Vom Wert a 5 Pfennige bis zu einer 2 DDR-Mark; insgesamt 15 Pfennig und 7 Markwerte.

Darüber hinaus Sondermarken mit seinem Konterfei. Der Ein-Mark-Wert im Kleinformat erschien 1970, der 35-Pfennig-Wert 1971 und zu seinem Tode (1973) eine 20-Pfennig-Marke.

Insgesamt erschienen sogar vier Ein- und drei Zwei (jeweils mit M, DM und MDN)-Werte.

*Benno Kny*

**Ann. d. Red.:** Die Aussage dieses Teils des Beitrages betraf die Tatsache, dass Ulbrichts Personenkult so weit ging, dass er bereits zu Lebzeiten Briefmarken von sich drucken ließ. Auch Betriebe und Sportanlagen trugen seinen Namen. So gab es in der Berliner Chausseestraße das Walter-Ulbricht-Stadion, in dem vor allem Leichtathletik-Wettkämpfe stattfanden, und im heutigen Sachsen-Anhalt existierte mit den Leuna-Werken Walter Ulbricht der größte Chemiebetrieb der DDR. Hier waren etwa 30.000 Menschen beschäftigt, die Produkte wurden in mehr als vierzig Länder exportiert. Das komplett abgeriegelte Werksgelände umfasste eine Fläche von sieben mal drei Kilometern. Es hatte bis 1945 dem Chemiegiganten IG Farben gehört. Nach Ausschachtung im Zuge der Reparationsleistungen durch die Sowjetunion wurde es 1954 der DDR übergeben. Die schädlichen Umwelteinflüsse, die insbesondere durch die Verarbeitung von Erdöl entstanden, verhalfen dem Werk zu einem schlechten Ruf. Nach 1990 entspann sich um das Werk ein Korruptionsskandal, der bis heute nicht als aufgeklärt gilt. Inzwischen wurde es in die Total Raffinerie Mitteldeutschland GmbH überführt.



Der Ergänzung halber sei angemerkt, dass auch in der DDR-Ära Marken vom Leuna Werk gedruckt wurden, auf denen der Name Walter Ulbricht aufgeführt wurde. Auch dies ist eine nicht eben schleichende Form des Personenkults, an dem sich seinerzeit offenbar kaum jemand störte.

# Eine Fahrt für die Interessierten und persönlich Betroffenen

*Bezirksgruppe Wurzen lädt Mitglieder des Gemeinderats nach Mühlberg ein*

Eine beachtliche Initiative zur Gestaltung der Zeitzeugenarbeit gelang im Mai der VOS-Bezirksgruppe Wurzen. Mit den Mitgliedern des Gemeinderates von Hohburg, wo auch Kamerad Horst Radigk beheimatet ist, und Einwohnern des Landkreises unternahm man eine Fahrt in das Lager Mühlberg. Ziel der Fahrt war es – nunmehr 66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – am authentischen Ort an die Leiden der ehemals Internierten des NKWD zu erinnern. Im dortigen Lager waren nach Ende

Grundrisse Rückschlüsse auf die einstige Struktur gewinnen.

Das Lager Mühlberg war in der Zeit der NS-Diktatur als Straf- und Durchgangslager für Kriegsgefangene eingerichtet worden.

Immer mal wieder nehmen auch Vertreter der Landespolitik die Gelegenheit wahr, an Gedenkveranstaltungen an das hier vor allem an Jugendlichen begangene Unrecht zu erinnern. Bei diesen Gelegenheiten wird auch das Wirken der Initiativgruppe Mühlberg gewürdigt, durch deren Einsatz die Gescheh-

der Politik, dass in der Bevölkerung die Fragen nach der wahrhaften Geschichte bis heute unbeantwortet geblieben sind. Zugleich ist erkennbar, dass es nicht als reine Pflicht gilt, den Unschuldigen, die von bestimmten politischen Strömungen fälschlicherweise als Nazis oder einfach nur als Täter beschrieben werden, eine späte Ehre zu erweisen. So gehörten zu dieser Fahrt und zu der Besichtigung auch die Niederlegung von Blumen und die Berichterstattung in der lokalen Zeitung.



des Zweiten Weltkrieges zahllose Inhaftierte durch Seuchen, Unterernährung, fehlende Hygiene oder Kälte zu Tode gekommen oder wurden von hier aus in andere Lager verfrachtet.

Rein äußerlich erinnert nicht mehr viel an die menschenunwürdigen Bedingungen von einst. Die Baracken, Latrinen und sonstigen Baulichkeiten existieren nicht mehr. Dafür kann man auf Gedenktafeln und anhand der freigelegten

Was viele kritische Zeitgeister in Bezug auf Erich Honeckers Haftzeit längst gemutmaßt haben, konnte sich nun nach Veröffentlichungen der Bild am Sonntag bewahrheiten. Demnach hat der einstige SED-Chef zwar wegen seiner Mitgliedschaft in der illegalen kommunistischen Jugendorganisation sich im Zuchthaus Brandenburg befunden, doch sei sein Verhalten während der Haft, das Honecker zu DDR-Zeiten in seiner als Buch veröffentlichten Biografie als aufrecht und widerständlerisch beschrieb, wenig heldenhaft gewesen.

nisse von einst dokumentiert werden. Somit ist gerade den Kameraden Horst Radigk und Erhard Krätschmar hoch anzurechnen, dass sie als Zeitzeugen, auch wenn sie nicht mehr die Jüngsten sind, diese Fahrt organisierten und weitere Mühen auf sich nehmen, um das leidvoll Erfahrene an andere Generationen zu vermitteln.

Immerhin zeigte die Teilnahme von 32 Interessierten, unter ihnen die Vertreterinnen und Vertreter

Als Häftling habe sich der spätere DDR-Oberrepräsentant bei den Nazis angebediert und in mehreren

## Gefunden Die Honecker-Akten

Gnadengesuchen seine Bereitschaft zum Einsatz an der Front bekundet. Zudem habe Honecker in der Haft andere Kampfgenossen durch Aussagen belastet, so dass diese teils ebenfalls inhaftiert wurden.

Die Akten, in denen die Informationen enthalten seien, hätten schon lange in der sicheren Verwahrung

Das Fazit, dass das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten darf, wird hoffentlich nicht nur eine allgemeine Phrase bleiben. Wichtig ist die Weitergabe der Informationen an Schulen und Freizeitgruppen. Und auch das Angebot, solche Fahrten weiterhin durchzuführen, sollte regelmäßig erneuert werden. Der Dank der VOS gilt den Kameraden Radigk und Krätschmar und natürlich dem Gemeinderat.

*W. Neumann, Foto: H. Radigk*

bei Mielke gelegen und seien dem Stasi-Chef somit bekannt gewesen. Im Zuge der Friedlichen Revolution seien sie durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Dass Mielke die wenig schmeichelhaften Informationen zurückgehalten hat, dürfte nicht mit Freundschaft zu tun gehabt haben. Er selbst war der Mittäterschaft an einem Polizistenmord beschuldigt worden. Es ist durchaus möglich, dass auch hierzu Akten existierten. Vermutlich lagen diese und die von E. H. dann in ein und derselben Lade.

*B. Thonn*



# Gedenktage sind mehr als nur Worte zum Gedenken und Kranzniederlegungen

*Johannes Rink und Wolfgang Stiehl würdigen den 17. Juni in ihrer gemeinsamen Erklärung*

Der 17. Juni 1953, der Tag, an dem vor 58 Jahren der Volksaufstand in der DDR durch sowjetische Truppen und ihren willfährigen deutschen Helfern niedergeschlagen wurde, ist ein Tag, den wir Deutsche nicht hoch genug würdigen können. In vielen Städten und Gemeinden werden heute Gedenkveranstaltungen durchgeführt. In der DDR wurde der 17. Juni als faschistischer Putsch verleumdet. Da diese verlogene Begründung nie bewiesen werden konnte, wurde dieser historische Tag einfach totgeschwiegen. Die Stasi versuchte jahrelang – bis zu ihrem Zusammenbruch – vergeblich, durch ihre Ermittlungen den von der SED geforderten Beweis der Fernsteuerung aus der Bundesrepublik zu erbringen. Für viele linke Intellektuelle, die selbst in einem demokratischen Staat lebten, brach mit Bekanntwerden des Volksaufstandes in der DDR eine ideologische Wahnvorstellung zusammen. Sie hatten den Kommunismus als das bessere, gerechtere System angesehen und auch propagandistisch unterstützt. Im Juni 1953 mussten sie erleben, wie Soldaten und Polizisten unterstützt durch sowjetische Panzer, auf demonstrierende Arbeiter schossen. Der Kommunismus hatte sein wahres Gesicht gezeigt, da konnten auch keine Lügen der Ulbricht, Honecker und Co. etwas daran ändern. In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Tag am 4. August 1953 per Gesetz des Bundestages zu Recht als arbeitsfreier Tag und als Gedenktag „Tag der deutschen Einheit“ erhoben. 1963 wurde er zum „nationalen Gedenktag“ erhoben. In den folgenden Jahren verkam der anfangs wirklich gefeierte Tag immer mehr zum „freien Tag“, der bei den meist sommerlichen Temperaturen gern angenommen wurde. „Einheit in Freizeit“ statt „Einheit in Freiheit“ war das Motto des Tages. Wie für alle Gedenktage wird uns die weitgehend geschäftsmäßige Erinnerung wohl leider auch in Zukunft, mehr als uns recht ist, begleiten.

Der 17. Juni 1953 hat für uns Deutsche eine große nationale Bedeutung. Acht Jahre nach dem Ende der schrecklichen *braunen Diktatur*, waren die Menschen nicht gewillt, sich einer neuen – *diesmal roten* – Diktatur zu beugen. Der 17. Juni 1953 hat der ganzen Welt gezeigt, dass der Freiheitswille eines Volkes auf Dauer nicht zu unterdrücken ist. Auch der Aufstand vom Juni war Beweis dafür. Er begann als Streik gegen Normerhöhungen und Protest gegen immer schlechtere Lebensbedingungen und breitete sich innerhalb kurzer Zeit in einen Volksaufstand zur Freilassung politischer Gefangener, für freie Wahlen und für ein einheitliches Deutschland aus. (dieselben Forderungen, die auch 1989 erhoben wurden). Auf diese Ereignisse können und müssen wir immer mit Stolz zurückschauen und feststellen: Ohne sowjetische Panzerunterstützung hätte die DDR ihren vierten Geburtstag nicht erlebt.

International wurde dieser Volksaufstand als Fanal für den Widerstand, der durch die Sowjetunion unterdrückten Völker Osteuropas gegen die kommunistische Herrschaft gesehen. Ob in Ungarn, in Polen oder in der

Tschechoslowakei, das Signal für einen Volksaufstand kam aus der DDR. Die internationale Assoziation der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, der Vertreter aller ehemaligen Ostblockländer angehören, hatte schon am 2. Juni 2008 vorgeschlagen, den 17. Juni als internationalen Tag des Widerstandes gegen den Kommunismus zu erklären. Dieser Vorschlag ist die größte Würdigung für einen nationalen Gedenktag. Im wiedervereinigten Deutschland wird der 17. Juni, der von 1954 bis 1990 Feiertag war, „nur noch“ als Gedenktag begangen. Der Tag der Deutschen Einheit wurde als arbeitsfreier Feiertag auf den 3. Oktober – dem Tag des Beitritts der untergegangenen DDR zur Bundesrepublik Deutschland – verlegt. Damit hatten wir 1990 einmalig zwei Gedenktage der (d)(D)eutschen Einheit. Was ist das aber jetzt noch für ein Gedenktag, der das Gedenken an den Volksaufstand wach halten soll, aber gleichzeitig in den Kalendern totgeschwiegen wird? Dieses Totschweigen haben wir, die wir hier

**Ohne die sowjetischen Panzer hätte die DDR ihren vierten Geburtstag nicht erlebt**

lebten, 37 Jahre erfahren müssen. Gedenktage sind mehr als einige Worte zum Gedenken und Kranzniederlegungen für die Toten des 17. Juni 1953. Gedenktage und das sagt der Name, sollen dafür sorgen, dass das Erinnern an historische Ereignisse erhalten bleibt. Bei vielen Menschen der jüngeren Generation, ist er, infolge fehlender Faktenwissen-Vermittlung, noch nicht angekommen.

Verehrte Anwesende, unterstützen Sie uns, dass der 17. Juni 1953 immer einen ehrenden Platz im Gedächtnis aller Menschen in unserem Lande innehat. Und – dass diese Erinnerung der jungen Generation hilft, sich die Erprobung „*neuer Wege zum Kommunismus*“ und das damit stets verbundene Diktatur-Leid zu ersparen.

In Frankreich ist der Tag der Revolution Nationalfeiertag. Die Stadt Magdeburg hat schon vor Jahren einen Platz des 17. Juni und eine Straße nach einem standrechtlich erschossenen Opfer des 17. Juni benannt. Damit ist die Stadt Magdeburg eine der wenigen Städte, die diesen Tag angemessen würdigen. Zu den wenigen Städten mit einer Erinnerung an den Volksaufstand zählt auch Halle mit einem Platz des 17. Juni. In der Lutherstadt Eisleben haben wir eine Gedenkplatte zur Erinnerung an den Volksaufstand anbringen dürfen. Für die Erinnerung an den 17. Juni 1953 sind uns aus dem Elmo-Werk Wernigerode die Tonbandaufzeichnungen der Betriebsversammlung mit den Debatten zu den Forderungen der Demonstranten – dank der Sammelwut der Stasi – erhalten geblieben. Ein sehr authentisches Material, dass eigentlich in jeden anschaulichen Geschichtsunterricht gehörte.

Im Wernigeröder Bürgerpark wurde von Mitgliedern der Frauen-Union Sachsen-Anhalt im Jahr 2009 ein Baum zur Erinnerung an den Volksaufstand gepflanzt. Teilnehmer waren unter anderem Frau Heike Brehmer (MdB) und Frau Angela Gorr (MDL). Für das kommende Jahr planen wir neben der Kranzniederlegung an diesem Gedenkstein auch einen Gang zu dem genannten Baum im Bürgerpark, bevor wir den Gedenktag in Wernigerode mit Gesprächen und einem kleinen Imbiss ausklingen lassen.

*Johannes Rink, Wolfgang Stiehl*

## Gerechtigkeit sieht anders aus

*Man wird doch mal fragen dürfen ...*

☒ Menschen, die sich ihre Freiheit nie erkämpfen mussten, können dieses Geschenk nicht wirklich emotional erfassen. Ihnen fällt es oftmals leicht, eine gewisse Gleichgültigkeit mit Toleranz zu umschreiben und antidemokratische Tendenzen unter dem Mantel der Meinungsfreiheit gewähren zu lassen. Im vereinten Deutschland finden sich zwangsläufig auch die Menschen wieder, die sich freiwillig und nachhaltig gegen freiheitliche Gesellschaftsinteressen und für Menschenrechtsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung einsetzen.

Man wird doch mal fragen dürfen, worin sich ihre Scham und Dankbarkeit niederschlagen. Für ihre Verbrechen wurden sie in unserem Staat nicht oder kaum zur Verantwortung gezogen. Ihr ehemaliger Klassenfeind bezahlt sogar ihre unehrenhaft erworbenen Renten- und Pensionsansprüche.

Man wird doch mal fragen dürfen, welche schuldüberhaften Anwendungen Politiker überkommen, die nachweislich Gegner ihrer Gesellschaftsordnung mit Zugeständnissen und Geschenken überhäufen, während sie gerade jene zuverlässigsten Verfechter demokratischer Grundrechte (ehemals politisch Verfolgte in der DDR) eher kläglich abhandelt.

Eine Reihe ehemaliger Stasi-Mitarbeiter haben ihre Anstellung und heutige Position im Öffentlichen Dienst durch Weglassen richtiger und Hinzufügen falscher Angaben erschlichen. Man wird doch mal fragen dürfen, wie konsequent die Lehren aus zwei deutschen Diktaturen in unserer heutigen Politik noch umgesetzt werden.

*Wolfgang Schmidt, Berlin*

## Wahrheiten vermitteln und für Gerechtigkeit einsetzen

*Waltraud Thiele aus Halle/S. erhält hohe Auszeichnung*

Mit einer hohen Auszeichnung wurde am 22. Mai unsere VOS-Kameradin Waltraud Thiele geehrt. Die Bezirksgruppenvorsitzende der VOS Halle/Saale erhielt in Berlin eine der bedeutendsten Ehrungen für zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland. Sie erhielt die Auszeichnung „Botschafter für Demokratie und Toleranz“, die zudem mit einer Summe von 5.000

Euro dotiert ist. Verliehen wurde die Auszeichnung für Verdienste gegen Gewalt und Extremismus, wobei es besonders erfreulich ist, dass, wenn man über Extremismus spricht, nicht nur der von rechts, sondern auch

der aus der linken Szene gemeint ist. Man erinnere sich nur der Gewalttätigkeiten zu Beginn des Jahres, denen friedlich demonstrierende VOS-Mitglieder vor Beginn der Kommunismus-Debatte ausgesetzt waren. Die Vorkommnisse hatten eine außerordentliche Debatte im Bundestag ausgelöst, zu der die Verantwortlichen, die Linken-Vorsitzenden, nicht erschienen. Auch sonst war das Verhalten der SED-Nachfolger in dieser Sitzung mehr als peinlich, zumal der Redebeitrag nichts gegen die stichhaltigen Argumente aller anderen Parteien entgegenzusetzen hatte.

Waltraud Thiele wurde 1948 als Tochter einer politischen Gefangenen in der berüchtigten Haftanstalt

von Sachsen-Anhalt, dem „Roten Ochse“ (Halle/Saale), geboren und kam 1950 in das gefürchtete Frauengefängnis Hoheneck. Ihre damals hochschwangere Mutter war wegen der Verbreitung antisowjetischer Flugblätter verhaftet und zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden. 1954 wurde sie im Rahmen einer Amnestie begnadigt und kam mit Tochter Waltraud Thiele wieder zusammen.

Waltraud Thiele litt lange unter den Folgen der ihr als unschuldigem Kind angetanen Haft. Sie war durch schwere Erkrankungen gezeichnet, musste bereits während der Schulzeit mehrfach operiert werden und wurde zu Kuren verschickt. Etliche Jahre musste sie in einem Heim zubringen, wo sie Opfer

massiver Misshandlungen und Diskriminierungen wurde.

Waltraud Thieles Mutter starb 1975 bereits im Alter von 50 Jahren. Auch sie war durch die Haft gezeichnet. Waltraud Thiele ist nun seit den 1990er Jahren mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befasst. Sie arbeitete an der Entstehung der Gedenkstätte „Roter Ochse“ mit und ist als Zeitzeugin im Einsatz.

Die Auszeichnung nahm der Bundestagsabgeordnete der CDU aus dem Wahlkreis Halle/S. Dr. Christoph Bergner vor.

Die VOS dankt Kameradin Waltraud Thiele für ihre Arbeit im Verband. Vorstand und Fg-Redakteur gratulieren zur Auszeichnung. Weiter so!

*Valerie Bosse*



### Wir trauern um

**Ernst Christopeit  
Ingetraud Schwenn  
Gerhard Neff  
Huldreich Blamberg  
Gerhard Düsterdick  
Karl-Heinz Schulz  
Walter Erler**

**Bezirksgruppe Stuttgart  
Bezirksgruppe Bremen  
Bezirksgruppe Plauen  
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha  
Bezirksgruppe Erfurt  
Bezirksgruppe Leipzig  
Bezirksgruppe Freiberg**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Hohe Auszeichnung für Kameraden Joachim Marckstadt

*Das Bundesland Sachsen-Anhalt verleiht dem einstigen Widerständler für seine Verdienste und seine Zuverlässigkeit die Ehrennadel*

Mit einer hohen Auszeichnung wurde am 23. Mai unser Magdeburger Kamerad Joachim Marckstadt geehrt. Im Landesverwaltungsamt in Halle/S. wurde ihm die Ehrennadel des Bundeslandes Sachsen-Anhalt verliehen. Diese Auszeichnung gilt als Anerkennung für das besondere ehrenamtliche Engagement, das Kamerad Marckstadt für das Gedenken an die Opfer des Stalinismus und in der historisch-politischen Bildung leistet. Damit drückt sich zugleich eine hohe Anerkennung für die Arbeit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus aus, die insbesondere in Sachsen-Anhalt zahlreiche Aktivitäten vorweist.

Wie die meisten von uns wissen, war Joachim Marckstadt Mitglied der Widerstandsgruppe „Eisenberger Kreis“, die Anfang der 1950er-Jahre wegen ihrer Aktionen gegen die Diktatur der SED ins Visier der Stasi geriet und schließlich aufflog. Kamerad Marckstadt wurde 1958 zu drei Jahren Haft verurteilt. Damals war er gerade 22 Jahre und befand sich noch in der Lehre. Bis dahin hatte die Widerstandsgruppe über mehrere Jahre hin nach ausgeklügelten Methoden Flugblätter verteilt und sich in großem Kreis von überwiegend Jugendlichen vor dem Zugriff der Stasi bewahren können. Eine besonders spektakuläre Aktion der Widerstandsgruppe war das Anzünden eines GST-Schießstandes im thüringischen Eisenberg. Gegen die Mitglieder des Eisenberger Kreises wurden insgesamt Strafen in Höhe von 114 Jahren ausgesprochen.

Die Haftzeit im Zuchthaus Waldheim, das auch andere VOS-Mitglieder kennen lernen mussten, hat bei Joachim Marckstadt sichtliche Spuren hinterlassen. Dass er sich in Waldheim befindet, erfuhr er damals erst, als er dort eintraf.

Seit den 1990er-Jahren tritt Joachim Marckstadt auf ehrenamtlicher Basis als Zeitzeuge auf. Fast immer sind es Jugendliche, vor denen er von seinem persönlichen Schicksal und der SED-Diktatur berichtet. Es ist ihm wichtig, das gerade junge Menschen, die noch zur Schule gehen, möglichst viel über den politischen Widerstand in der DDR, über die politischen Verhältnisse, das Unrecht und die Haft im Speziellen erfahren.

Auch der Bundesvorstand und der Fg-Redakteur gratulieren Joachim Marckstadt zu seiner verdienten Auszeichnung. Wir alle hoffen, dass der Verband noch lange von seiner Bereitschaft „profitieren“ kann. A. R.



## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

PVSt Deutsche Post

**Entgelt bezahlt**

**A 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### **Bundesgeschäftsstelle der VOS**

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag  
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der  
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23**

**Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)**

**Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr**

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: Alexander Richter

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de), Fax : 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),  
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

### **Jahresbeiträge:**

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
  - alte Bundesländer 45,00 €
  - neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

### **Internetseiten der VOS und Links unter**

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

**Die nächste Ausgabe (705/6) erscheint im August 2011**

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 704: 27. Juni 2011